

Plattform der GRÜNEN zur Europawahl '89

GRÜNE Positionen
zum EG-Binnenmarkt

DIE GRÜNEN

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesvorstand der GRÜNEN

Verlag: Bundesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Bonn Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Eberhard Walde

Redaktion: Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Produktion: Richard Herten (Umschlag), Kippsatz (Satz/ Layout)

Druck: FARBO-Druck, Köln

Bestellungen an: Bundesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Postfach 14 33, 5300 Bonn 1

Fotos: S.7, Montage: M. Kellmann; S.9, laif; S. 14, argus; S. 21, argus; S. 21, argus; 2 S. 23 argum; S. 28 argum

Im Juni 1989 wird das Europäische Parlament zum dritten Mal direkt gewählt. Auch wir GRÜNEN beteiligen uns an diesen Wahlen. Die vorliegende Plattform soll für unsere Vorstellungen über die künftige Entwicklung Europas werben.

EUROPA IST MEHR ALS DIE EG - UND DIE WELT IST GRÖßER ALS EUROPA

In den nächsten Monaten wird uns das Wort „Europa“ von allen Seiten in den Ohren dröhnen. Tatsächlich ist jedoch immer nur von Westeuropa die Rede, genauer: nur von den 12 Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, und nur wenige werden darauf verweisen, daß es kein europäisches, sondern bestenfalls ein west- und südeuropäisches Parlament gibt.

Doch Europa ist mehr als die EG. Die Forderung nach Zusammenarbeit und Solidarität hört für uns GRÜNE nicht an den Blockgrenzen auf. Eine menschenwürdige Zukunft muß international und global angestrebt werden. Internationale Solidarität ist für uns mehr als Entwicklungshilfe. Sie bedeutet weltweites Eintreten gegen Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik der Industrieländer, gegen die Politik von Diktaturen und Machteliten - für ein selbstbestimmtes Leben.

Wenn „europäisches Denken“ nicht nur eine Phrase sein soll, beinhaltet es die Überwindung der Blockgrenzen in Europa. In diesem Sinne setzen wir GRÜNEN uns mit dem gleichen Nachdruck dafür ein, ernsthaft auf die Vorschläge Gorbatschows für ein „gemeinsames europäisches Haus“ einzugehen, wie wir für die Realisierung der Menschenrechte überall in Europa eintreten.

Ein Europa, das vom Binnenmarkt ausgehend Weltmachtspolitik betreibt lehnen wir ab. Ebenso eine neue nationalistische Ideologie unter europäischem Vorzeichen. Westeuropa darf nicht zu der Großmacht des 21. Jahrhunderts werden, die mit den anderen Großmächten (USA, Japan, Sowjetunion) um die Dominanz im Weltmarkt mit allen Mitteln und fatalen politischen Folgen und Risiken kämpft.

EIN EUROPA FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE VON UNTEN

DIE GRÜNEN wenden sich auch gegen alle Ansätze eines „Euro-Nationalismus“, so wie er zur Ausgrenzung der sogenannten „Drittausländer“, insbesondere zur ideologischen Absicherung einer restriktiven EG-Innenpolitik von fast allen EG-Regierungen propagiert wird. Dem setzen DIE GRÜNEN internationale Solidarität mit den Ländern der „Dritten Welt“ sowie die Idee einer multikulturellen demokratischen Gesellschaft entgegen. Grenzen müssen insbesondere für Menschen und Ideen geöffnet werden.

SUPERMACHT WESTEUROPA - NEIN!

Europa ist heute in zwei waffenstarrende Militärblöcke geteilt, die die weltweit größte Konzentration an konventionellen und atomaren Waffen angehäuft haben. Ein Krieg in Europa, ob nuklear oder konventionell, würde nichts von dem übrig lassen, was „verteidigt“ werden soll. Die Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion bieten heute eine große Chance, das Wettrüsten umzukehren, einen tatsächlichen Abrüstungsprozeß einzuleiten und Europa zu entmilitarisieren.

Stattdessen planen die NATO-Staaten jedoch längst neue „Nachrüstungen“ bei atomaren Kurzstreckenwaffen. Im Zuge des Aufbaus des „europäischen Pfeilers der NATO“ verstärken die westeuropäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich, ihre Militärkooperation. Dies erfolgt in verstärktem Ausmaß auch im Rahmen der angeblich „zivilen“ EG.

In einem Bericht des Europaparlaments mit dem Titel „Die Sicherheit Westeuropas“ wird unter der Überschrift „Europa, eine Weltmacht im Werden“ u.a. gefordert, Europa müsse „in der Lage sein, sich zu gegebener Zeit und unter Beibehaltung seiner Bündnistreue alle Attribute einer Großmacht zu verschaffen, wozu auch eine unabhängige Verteidigung gehört“.

Und um Weltmacht zu werden, braucht man eine umfassende rüstungsindustrielle Basis, muß man in der Lage sein, den Weltraum militärisch zu nutzen, muß man seine Interessen weltweit militärisch durchsetzen können, und - nicht zuletzt - braucht man dazu eine Atomstreitmacht. So ist es kein Zufall, daß die EG-Staaten in allen diesen Bereichen ihre militärische Zusammenarbeit ausbauen, und zwar in trauter Übereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen/sozialistischen, christdemokratischen/konservativen und liberalen Parteien Westeuropas.

Die Friedensbewegung, deren Teil DIE GRÜNEN sind, hat mit dem INF-Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenwaffen ein wichtiges Teilziel erreicht. Es gilt jetzt, daran anzuknüpfen und die neuen westlichen „Nachrüstungen“ und die Supermacht EG zu verhindern. Die Bundesrepublik darf sich an diesen Projekten nicht beteiligen, sondern muß vielmehr endlich eigene Abrüstungsinitiativen entwickeln und mit eigenen, einseitigen Abrüstungsschritten vorangehen. Dafür werden DIE GRÜNEN auch im nächsten Europaparlament arbeiten.

UMWELTSCHMUTZ KENNT KEINE GRENZEN

Das Nordseesterben, die Vergiftung von Rhein und Elbe, der Zusammenbruch der Ökosysteme in den Alpen - diese und andere Umweltprobleme kennen ebenso wenig nationale Grenzen wie die Atmosphäre über ihnen. Angesichts dieser gemeinsamen Probleme, der räumlichen Dichte und der vielen menschlichen Verbindungen braucht Europa nicht weniger, sondern mehr Zusammenarbeit und mehr Solidarität der Staaten und Bevölkerungen untereinander.

Seit Mitte der 60er Jahre vertieft sich die Kluft zwischen armen und reichen Nationen. Die Arbeitslosigkeit und vor allem die Erwerbslosigkeit und Armut unter Frauen ist fast überall in Europa gestiegen und steigt noch weiter an. Die Freizügigkeiten des Gemeinsamen Marktes haben die strukturellen Ungleichheiten noch verstärkt: vor allem die „Randgebiete“ im Süden der EG, Irland oder die Bergregionen verarmten immer mehr.

ZUSAMMENARBEIT: JA DIESEN BINNENMARKT: NEIN

Mit dem Europäischen Binnenmarkt soll ab 1992 für diese Wirtschaftspolitik eine neue Runde eingeleitet werden. Viel wird versprochen: Wachstum durch neue Technologien, erweiterte Märkte, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen auf dem Weltmarkt usw.

Worüber keiner redet: das Handwerk und regionale Wirtschaftsstrukturen bleiben auf der Strecke. Doch nicht nur das Klein- und Mittelgewerbe, das beispielsweise im Schwarzwald für den Schwarzwald oder auf der Alb für die Alb produziert, wird von ausländischer Konkurrenz verdrängt. Die westeuropäische Arbeitsteilung degradiert die südlichen Länder zu Zulieferern oder industriellen Freizeit- und Urlaubsparks, während der nördliche Teil die Forschungs- und Führungsaufgaben wahrnimmt.

EUROPAS FLURBEREINIGUNG: DER BINNENMARKT

Wir wollen kein Europa, in dem die gleiche Schnellimbisskette von Wanne-Eickel bis nach Patmos die gastronomische Landschaft dominiert. Wir wollen nicht, daß nun auch die Landwirtschaft in Portugal, Spanien und Griechenland nach deutschem Vorbild industrialisiert und auf den riesigen Binnenmarkt hin orientiert wird - sondern wir wollen, daß Klein- und Mittelbauern nach den regionalen Bedürfnissen produzieren und nicht durch scheinbar billige Tiefkühlimporte aus weit entfernten Agrarfabriken verdrängt werden. Gemeinschaft verlangt Zusammenarbeit, aber auf der Basis von Eigenständigkeit und Gleichberechtigung. Wir wollen keine pauschale Einebnung der Unterschiede und die Anpassung um jeden Preis. Deswegen sagen wir nein zu diesem Binnenmarkt! Den Menschen und der Umwelt bringt er nichts. Einen Kahlschlag für die Konzerne lehnen wir ab. Der Binnenmarkt der Konzerne entmachtet die nationalen Parlamente. Wir fordern demokratische Strukturen für Europa, um den Wildwuchs der Konzerne zu beschneiden.

DIE LANDWIRTSCHAFT IN DEN FÄNGEN DER EG-AGRARPOLITIK

Nach fast 30 Jahren EG ist Westeuropas Landwirtschaft und seine Landschaft am Ende. Die Rodungen eines „gemeinsamen Marktes“ sind hier bereits zu besichtigen. Seit DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament sind, ist es ihnen gelungen, das tägliche „Bauernlegen“ zum Thema zu machen.

Jedes Jahr müssen 350.000 bäuerliche Betriebe in der EG aufgeben. Das entspricht etwa 500.000 Arbeitsplätzen. In der Bundesrepublik arbeiten von ehemals 6 Millionen Menschen heute nicht einmal mehr 1 Million in der Landwirtschaft. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe der EG hat ein Einkommen unter dem Sozialhilfesatz. Die Verschuldung der Betriebe beläuft sich nach Schätzungen auf 500 bis 600 Milliarden DM. Der Stickstoffeinsatz verfünffachte und der Pestizideinsatz verreifachte sich seit dem Bestehen des gemeinsamen Agrarmarktes. Hohe Nitratbelastungen und Pestizidrückstände in Trinkwasser und Nahrungsmitteln sind allgegenwärtig. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung durch eine EG-Strukturpolitik, die die Landwirte zu immer höherer maschineller und chemischer Intensität und Spezialisierung zwang.

Gemeinsam mit „strukturverbessernden“ Maßnahmen (z.B. Flurbereinigung) ist diese industrielle Art der Landwirtschaft dafür verantwortlich, daß 70% der in der roten Liste aufgeführten Arten weiter dezimiert wurden. Die Agrar-Politik der EG hat zu wachsenden Ungleichheiten geführt: 25% der Betriebe produzieren bereits 70% der Milchmenge der EG; 12% halten 80% der Schweine und 0,3 % der Betriebe halten über 80 % der Hähnchen.

Doch was die Öffentlichkeit gegen die Agrarpolitik aufbringt, ist weniger die schleichende Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaftsweise als die sichtbaren Ergebnisse ungehemmter Wachstumsförderung. Aufgetürmtes Milchpulver, von Bulldozern untergepflühtes Obst und Gemüse oder ranzig gelagerte Butter wird im allgemeinen eher den produktionswütigen Bauern angelastet.

Die Ursachen für die politischen Fehlleistungen sind nirgends erfolgreich vertuscht worden wie in der EG-Agrarpolitik. Bäuerinnen und Bauern gehören dabei zu den VerliererInnen, während sich das „Agrobusiness“, die Landwirtschaftsindustrie, dumm und dämlich dabei verdient: allein für Lagerung, Verwaltung, Erstattung und vielfache Umwandlung der Überschüsse werden bereits 75% des Agrarhaushalts der EG verpulvert. Jeder neue Rationalisierungsschub bringt der Düngemittel-, Chemie- und Maschinenindustrie neue Gewinne.

Die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 stellt eine willkommene Begründung für den nächsten Wachstumsschub dar. Infolge der „Liberalisierung“ von Pflanzenschutz-, Tierschutz- und Lebensmittelgesetzen und durch die vollständige Öffnung der Grenzen wird der Kampf um EG-Agrarmarktanteile sich verschärfen: auf Kosten der Umwelt, der Nahrungsqualität und der bäuerlichen Landwirtschaft wird eine neue Phase der Rationalisierung, der Konzentration und neuer Abhängigkeiten (z.B. Lohnmast) eingeläutet.

Mit dem im „Grünbuch“ dargelegten Reformkonzept tritt die EG-Kommission die Flucht nach vorn an. Sie verschärft mit Preissenkungen den Strukturwandel zur Agro-Industrie und schafft damit Bedingungen für die Konzentration von Wirtschaftsmacht nach innen und eine Stärkung der Weltmarktposition nach außen. Aber mit dieser „bauernbereinigten“ Agrarstruktur wird es nicht weniger, sondern mehr Überschüsse geben - und zwar zu niederen Preisen, die die Exportfähigkeit erhöhen. Dies ist eine neue Flucht ins Wachstum, eine Flucht in die Eroberung neuer Binnen- und Exportmärkte. Auf der Strecke bleiben ökologisch angepaßte Wirtschaftsformen, dezentrale Versorgungssysteme und eine autonome Wirtschaftsentwicklung der „Dritten Welt“.

Gerade für die armen Länder und deren Agrarstruktur wirkt die EG-Agrarpolitik der „Dritten Welt“ wie Gift: EG-Zuckerüberschüsse und ihr subventionierter Verkauf machen die Preise am Weltmarkt kaputt, und die „Dritte-Welt“-Länder müssen ihren Zucker zu Schleuderpreisen verkaufen. Afrikanische Grundnahrungsmittel werden durch billigen Importweizen der EG verdrängt. Eine ebenso absurde wie fatale Kettenreaktion sorgt dafür, daß in vielen Teilen Afrikas die bäuerliche Landwirtschaft und die Produktion von Grundnahrungsmitteln für den Eigenbedarf zerstört wird. Zum Beispiel Soja: erst importiert die EG dieses Grundnahrungsmittel, um es in der Massentierhaltung als billiges Viehfutter einzusetzen; dann subventioniert sie den so entstehen den Überschuß - bekannt als Milchsee, Fleisch- und Butterberg für neue Exportoffensiven, mit denen sie die Konkurrenz am Weltmarkt schlagen kann. Die Nahrungsmittelhilfe, auf die die „Dritte-Welt“-Länder infolge dieser Ausplünderung fast zwangsläufig angewiesen sind, wird dann auch noch humanitär verbrämt; in Wirklichkeit sollen damit nur die Probleme einer verfehlten EG-Agrarpolitik gelöst werden.

Wir haben uns auf die Bühne des Europaparlaments begeben, um hinter die Brüsseler Kulissen zu gucken und unsere Vorstellungen grüner Politik darzustellen. Wir GRÜNEN fordern eine konsequente Agrarumweltpolitik. Das heißt:

- rechtliche Absicherung und finanzielle sowie strukturelle Förderung des biologischen Landbaus;
- Verschärfung des Pflanzenschutz-, Tierschutz-, und Lebensmittelrechts;
- drastische Verringerung des Düngemittel- und Pestizideinsatzes;
- Verbot chemischer Wachstumsförderer;
- sofortiger Stop jeglicher Art von gentechnischer Forschung und Anwendung.

Um der unterschiedlichen Struktur der Regionen gerecht zu werden, ist eine Regionalisierung der Agrarpolitik notwendig. Damit fordern wir die regionale Eigenständigkeit der Agrarpreis- und Agrarstrukturpolitik. Dafür sind regionale Quoten auszuhandeln. Leitlinie der Quoten muß ein 100%iger Selbstversorgungsgrad sein. DIE GRÜNEN setzen sich ein für den Erhalt und die Förderung einer kleinstrukturierten bäuerlichen Landwirtschaft. Sie ist Grundlage für die sozialen und ökologischen Erfordernisse der ländlichen Räume.

Deshalb müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, auf regionaler Ebene die landwirtschaftlichen ErzeugerInnenpreise gemäß des Anteils an eingeflossener Arbeit zu staffeln. Damit kann bäuerliche Arbeit wieder anerkannt und gerecht entlohnt werden.

DIE GRÜNEN fordern eine Neuordnung der EG. Das heißt

- Abschaffung aller direkten und indirekten Exportsubventionen;
- Drastische Senkung des Agraraußenhandels;
- Absicherung von fairen Preisen im Handel mit Ländern der „Dritten Welt“;
- Abkehr vom einseitigen Protektionismus, der die Einfuhr von Futtermitteln fördert;
- Nahrungsmittelhilfe darf nur als Katastrophenhilfe an die „Dritte Welt“ gegeben werden;

Diese Forderungen müssen in der Position der EG in den GATT-Verhandlungen berücksichtigt werden.

BINNENMARKT KONTRA UMWELTPOLITIK

Die Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Emissionen, die ein bundesdeutscher Schornstein ausspuckt, tragen auch zum Waldsterben in der CSSR bei. Abwässer der Schweizer Chemie verschmutzen auch den niederländischen Teil des Rheins und die Atomkatastrophe von Tschernobyl versetzte ganz Europa in Angst und Schrecken.

Da die Probleme grenzenlos sind, kann auch ihre Bekämpfung sich an keine Grenzen halten. Es ist nötig, in Europa gemeinsam zu handeln, wenn Umweltprobleme bewältigt werden müssen. Aber Europa ist größer als die EG. Im Rahmen der EG werden diese dringenden Probleme nicht gelöst, sie werden nur verwaltet. Zwar wurde in der Einheitlichen Europäischen Akte der Umweltschutz erstmals vertraglich verankert. Doch letztendlich werden die Umweltbelange immer wieder den Wirtschaftsinteressen geopfert.

Auch der geplante europäische Binnenmarkt ordnet die Ökologie den Wirtschaftsinteressen unter: Überall dort, wo ökologische Interessen mit der Beseitigung von Handelshemmnissen in Konflikt kommen, wird der Wirtschaftsliberalisierung Vorrang gegeben. Die Harmonisierung der nationalen Umweltstandards verfolgt nicht das Ziel, den Umweltschutz zu verbessern, sondern schafft die Voraussetzung für ein Europa ohne Wirtschaftsgrenzen. Möglichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten, eine eigenständige und konsequente Umweltpolitik zu betreiben werden durch diese Harmonisierung drastisch eingeschränkt.

Weil Produktions- und Verwendungsverbote in einem Mitgliedsstaat rechtlich schwer gegen die EG-Kommission und den Ministerrat durchgesetzt werden können, werden sich die Umweltstandards in der EG eher auf niedrigem Niveau einpendeln statt sich am höchstmöglichen und damit für die Umwelt verträglichsten Maßstab zu orientieren.

So wird sich etwa die Bundesregierung unter Berufung auf den Binnenmarkt für eine weitgehende Liberalisierung der Chemiewirtschaft einsetzen können, anstatt das Verklappen von Dünnsäure in der Nordsee zu unterbinden. Dann wird keine Rede mehr sein von Produktionsverboten für hochgiftige Materialien oder von einer wirksamen Kontrolle der Gentechnologie, und die Einführung von Öko-Steuern und -Abgaben auf nationaler Ebene wird erst gar nicht mehr in Betracht kommen - all dies unter Berufung auf den geplanten Binnenmarkt (Ökodumping).

Im Bereich der Energiepolitik ist die Liberalisierung des Stromhandels geplant: jede Anbieterin soll ihren Strom in das europäische Verbundnetz einspeisen können. Das könnte ein entscheidender Fortschritt sein, wenn er sich auf KleinanbieterInnen, die etwa eine eigene Energieversorgung für ihre Häuser entwickelt haben, beziehen würde. Doch das ist nicht zu erwarten. Auch wenn noch nichts beschlossen und der Machtkampf zwischen der französischen und der deutschen Atomindustrie noch nicht entschieden ist, deutet alles darauf hin, daß letztlich vor allem der französische Atomstrom mit seinem gewaltigen Überangebot davon profitieren wird. Die Folge: auch wenn ein Mitgliedstaat aus der Atomenergie aussteigt, ist er gezwungen, weiterhin den vermeintlich „billigen“ Atomstrom aus Frankreich zu beziehen. Anstatt durch eine Verteuerung von Energie Anreize zur Energieeinsparung und zur verstärkten Entwicklung und Anwendung von Alternativen zu geben, führt der freie Energiemarkt zu einer vordergründigen Verbilligung und fördert so weitere Energieverschwendung. Der Binnenmarkt wird zum freien Markt der Atomlobby.

DIE GRÜNEN fordern dagegen eine europäische Umweltpolitik, die der Ökologie Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen gibt. Zwar sollte die EG-Ebene Kompetenzen zur Festsetzung von Umweltrichtlinien und Möglichkeiten zu deren Umsetzung erhalten, da ökologische Probleme nicht an den Grenzen der einzelnen Staaten halt machen, dennoch sollten die einzelnen Mitgliedsstaaten das Recht auf weitergehende nationale Regelungen behalten.

Konkret schlagen wir vor, für die einzelnen Mitgliedstaaten Szenarien zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie zu erstellen und ein Konzept zur Förderung der Umstellung auf andere Energiearten zu entwickeln. Diese Szenarien werden von Land zu Land unterschiedlich aussehen: Die Bundesrepublik zum Beispiel wird schnell aus der Atomenergie aussteigen können, während es in Frankreich aufgrund seiner hohen Abhängigkeit vom Atomstrom (nahezu 70%) schwieriger sein wird. Den freien Binnenmarkt im Bereich der Energiepolitik lehnen wir ab. Für bestimmte Stoffe, etwa FCKWs, Asbest, Dioxin u.a., muß auf EG-Ebene ein Produktionsverbot ausgesprochen werden. Die Entgiftung der chemischen Industrie muß von der EG gefördert werden. Grenzwerte für gesundheitsschädliche Stoffe müssen EG-weit auf möglichst niedrigem Niveau festgesetzt werden. Produkte, die die Umwelt gefährden, und Emissionen werden mit Abgaben und Steuern belegt, um finanzielle Anreize für eine die Umwelt gering belastende Produktion zu geben.

Möglichkeiten der BürgerInnen-Beteiligung und der demokratischen Kontrolle wie das Verbandsklagerecht, Akteneinsichtsrechte und die Umweltverträglichkeitsprüfung sollten EG-weit

eingeführt werden. Die EG soll die Methodenforschung zur Technologiefolgenbewertung fördern. Dabei sind Projekte mit einem interdisziplinären Forschungsansatz, an dem sowohl Natur-, Sozial- als auch GeisteswissenschaftlerInnen beteiligt sind, anderen Ansätzen vorzuziehen. Die EG soll die Technologiefolgenbewertung als Rahmenrichtlinie für alle Vorhaben, die die Einführung, Erforschung oder Anwendung neuer Technologien betreffen, vorschreiben. Die Bewertungen finden auf regionaler Ebene statt. Als Mindestkriterium gilt, daß der Ansatz interdisziplinär im oben beschriebenen Sinne ist, daß BürgerInnen-Beteiligung stattfindet, daß die Suche nach nichttechnischen Lösungen des Problems gefördert wird und die Techniken auf ihre Fehlerfreundlichkeit und Rückholbarkeit untersucht sowie ihre ökologischen und sozialen Folgen abgeschätzt werden.

DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT ERSTICKT AM VERKEHR

Die Lastwagen-Lawine wird in Europa zu einem immer größeren Umweltproblem. Das Vegetationssterben in den Alpen zeigt die Dimension der Verkehrsbelastung deutlich. In diesem Durchgangsraum zwischen Nord- und Südeuropa hat sich der Lastwagenverkehr in den vergangenen 15 Jahren auf manchen Routen verfünffacht.

Mit der Realisierung des EG-Binnenmarktes ab Ende 1992 soll nun der gesamte Güterverkehrsmarkt liberalisiert werden. Das bedeutet: Freie Fahrt für freie „Brummer-UnternehmerInnen“ über alle Grenzen hinweg. Ein Wachstumsschub im Güterverkehr von 70 Prozent bis zum Jahr 2000 wird vorausgesagt. Die Liberalisierung im Verkehrsbereich geht auf Kosten der Verkehrssicherheit und zu Lasten der Arbeitsbedingungen der FahrerInnen, denn die FuhrunternehmerInnen aus den europäischen Staaten mit den niedersten Normen werden auf den Markt drängen, und der Konkurrenzdruck wird die Preise weiterdrücken, wie die Erfahrungen aus den USA zeigen. Auf der Strecke bleibt die Umwelt, denn die Bahn wird bei diesem Konkurrenzkampf unter Ungleichen Bedingungen nicht mithalten können und weiter Fracht verlieren. Allein die Bundesbahn rechnet mit 500 bis 700 Millionen Mark weiteren Verlusten jährlich.

Das Ergebnis wird sein: mehr Lastwagen, mehr Schadstoffausstoß, mehr Lärm, mehr Energie- und Ressourcenverschleuderung und mehr Unfälle auf den Straßen. Durch immer größere Märkte und immer mehr internationale Arbeitsteilung der Konzerne, wird immer mehr transportiert. Angesichts der ökologischen Belastungen muß der Sinn ständig wachsender Verkehrsmengen bezweifelt werden.

DIE GRÜNEN fordern eine stärkere regionale Orientierung der Wirtschaftskreisläufe, die die Transportmenge reduziert. Eine gerechte finanzielle Belastung des Kraftfahrzeugverkehrs mit seinen tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten sowie Umweltabgaben werden zur Einsparung manch unsinnigen Transports führen, der unter heutigen Bedingungen noch rentabel ist. Güter gehören im Fernverkehr grundsätzlich auf die Schiene. Um dies zu erreichen, ist es nötig, die Kapazitäten der Bahn und den Containerverkehr auszubauen. Die Bahn muß entschuldigt und saniert werden. Das bedeutet auch, daß entsprechend einer EG-Richtlinie das Gleisnetz vom Staat finanziert wird und gemeinwirtschaftliche und soziale Aufgaben finanziell abgegolten werden. Gleichzeitig müssen die Kapazitäten im Güterstraßenverkehr verringert werden, um nicht nur Verkehrswachstum durch zusätzliche Transportkapazitäten zu provozieren.

Statt einer Liberalisierung ist eine bewusste, ökologisch orientierte Regulierung des Güterverkehrs notwendig. Maßnahmen auf nationaler Ebene, etwa eine Vorreiterrolle bei der Schwerverkehrsabgabe, müssen weiterhin möglich bleiben. Zur ökologischen Steuerung des grenzübergreifenden Güterverkehrs sind jedoch Mindestnormen notwendig.

DIE GRÜNEN fordern eine leistungsbezogene Schwerverkehrsabgabe nach dem Territorialitätsprinzip, daß heißt, die Abgaben wird dort erhoben, wo der Lastwagen fährt und nicht im Herkunftsland. Das „schweizerische Paket“ soll EG-weit übernommen werden. Das heißt: Nachfahrverbot für Lastwagen; das zulässige Gesamtgewicht wird von 40 auf 28 Tonnen reduziert. DIE GRÜNEN fordern eine einheitliche europäische Mindestnorm bei der Abgasentgiftung. Außerdem schärfere Sozialvorschriften für die Fahrer und deren Kontrolle. Die Strafen für Verstöße müssen drastisch erhöht werden. Die Mineralölsteuerbefreiung sowie die Umsatzsteuerbefreiung des internationalen Flugverkehrs muß aufgehoben werden, um den anwachsenden Güterverkehr in der Luft einzudämmen. Die Bahn muß zu einer attraktiven Alternative im Personenverkehr ausgebaut werden. Die Verkehrsetats müssen zugunsten der Bahn umgeschichtet werden. Die Bahn benötigt zur gleichen Transportleistung viermal weniger Energie als das Auto und zehnmal weniger als das Flugzeug. Bei den Schadstoffemissionen ist das Verhältnis ähnlich.

DIE GRÜNEN fordern die Einstellung des nationalen Flugverkehrs sowie mittelfristig die Einschränkung des innereuropäischen Flugverkehrs. Um den Flugverkehr einschränken zu können ist aber eine gewisse Beschleunigung des Bahnverkehrs nötig, etwa durch den Abbau von Grenzaufhalten oder den Einsatz von Pendolino-Zügen, die ohne Neubaustrecken die Fahrzeiten wesentlich verkürzen können. Der Flugverkehr muß durch eine Energieabgabe besonders belastet werden. Wir fordern Nachtflugverbote und lehnen neue Großflughäfen ab.

Für den Straßenverkehr fordern DIE GRÜNEN EG-weit die sofortige Katalysator- bzw. Rußfilterpflicht für alle Neufahrzeuge.
EG-Regelungen dürfen weitergehende nationale Maßnahmen nicht einschränken.

BINNENMARKT DER KONZERNE

Längst sind die Grenzen des Wachstums erreicht. Die Schäden an der Umwelt, die von keiner Sozialproduktrechnung erfaßt werden, machen die sattsam bekannte Gleichung, Wachstum der Wirtschaft sei gleich Wachstum an Lebensqualität, letztlich ungleich. Das bisherige Wirtschaftswachstum ist einseitig den reichen Regionen und Ländern zugute gekommen, der Abstand zu den armen Regionen wächst ständig. Diese Probleme werden nicht national gelöst. Sie lösen sich aber auch nicht mit dem europäischen Binnenmarkt. Im Gegenteil. Der Cecchini-Bericht der EG-Kommission deutet es an: 20 Unternehmen europäischer Größenordnung sollen sich den Markt der wichtigsten Branchen teilen, die dadurch erzielten Rationalisierungsgewinne sollen einen zusätzlichen Wachstumsschub von 5 bis 7% ermöglichen.

Die vermehrte Produktion der Wachstumsbranchen (Chemie, Rüstung, Kommunikationstechnologie, industrielle Nahrungsmittelerzeugung) wird nicht zur Diskussion gestellt, sondern mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt den BürgerInnen verordnet.

Die im Moment am deutlichsten zu Tage tretende Folge des Binnenmarktes ist eine Welle von Unternehmensfusionen - nicht nur im innerstaatlichen Bereich (Daimler/MBB), sondern auch über die bestehenden nationalen Grenzen hinweg (so kaufte sich Daimler z.B. beim französischen Rüstungskonzern Matra ein), denn die EG-Kommission will noch vor der Schaffung des Binnenmarkts neue europäische Kartellgesetze vorlegen, um Fusionen zu kontrollieren, die einen Gesamtumsatz von zwei Mrd. DM überschreiten.

Die Gefahren dieser Unternehmenszusammenschlüsse liegen auf der Hand: Monopolisierung ganzer Wirtschaftsbereiche, verstärkte Abhängigkeit mittelständiger Zuliefererbetriebe, Aufweichen von ArbeitnehmerInnenrechten unter Berufung auf die Wettbewerbsfähigkeit, verstärkte Macht und damit auch die Möglichkeit des verstärkten Drucks der Großunternehmen auf die Regierungen unter Berufung auf den Erhalt von Arbeitsplätzen. Konzerne der Ernährungsindustrie (z.B. Nestle) werden zu Weltrang aufsteigen. Für Dritte-Welt-Länder verstärkt dies die Gefahr der Erweiterung neokolonialistischer Rohstoffplantagen als günstige Lieferanten dieser Konzerne, mit allen damit verbundenen ökologischen und sozialen Auswirkungen.

DIE GRÜNEN fordern deswegen eine Kartellgesetzgebung auf europäischer Ebene, die den Zusammenschluß von Großunternehmen wirksam verhindern und die Marktchancen kleiner und mittelständischer Unternehmen gegenüber den Konzernen wahren kann. Dennoch sollte den Mitgliedstaaten das Recht auf weitergehende nationale Regelungen erhalten bleiben.

DER FREIE BINNENMARKT FÜR DIE BANKEN

In kaum einem Gebiet wirkt sich die Marktintegration ohne staatliche Gestaltung fataler aus als bei der Liberalisierung der Finanzmärkte. In den letzten 15 Jahren haben wir genügend Erfahrungen mit unkontrollierten Geldspekulationen in der Weltwirtschaft machen müssen: Die Verschuldungskrise der „Dritten Welt“, die Währungssprünge des Dollar, das Hochzinsniveau mit seinen fatalen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Staatsfinanzen und Investitionen, die Zunahme der Geldspekulation und die Abnahme der Investitionen, die massive Umverteilung zugunsten der Banken - all dies soll durch die Liberalisierung der Finanzmärkte auch in Europa seine freie Entfaltung erfahren.

Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte übergeben die Regierungen ihre wirtschaftspolitischen Programme an das Profitinteresse der KapitalspekulantInnen. Die GeldanlegerInnen flüchten aus den Ländern mit hoher Inflation oder mit sozialen Reformansprüchen in die Länder mit niedriger Inflation und hohen Zinsen.

Für DIE GRÜNEN kommt nur ein solidarisches europäisches Finanzsystem in Frage, das die politischen Ziele des ökologischen Umbaus, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung des extremen Regionalgefälles wirksam begleitet. Daher darf die Geldpolitik einer europäischen Zentralbank nicht unabhängig von den politischen Entwicklungszielen Europas praktiziert werden.

Wir fordern, daß den Ländern der „Dritten Welt“ alle privaten und öffentlichen Schulden erlassen werden. Die Kosten hierfür haben auch die Privatbanken in der EG zu tragen, die bisher von den Kreditgeschäften mit den Ländern der Dritten Welt erheblich profitiert haben.

BINNENMARKT UND SOZIALABBAU

Mit der schrittweisen Realisierung des europäischen Binnenmarktes sind für die 120 Millionen Beschäftigten die mühsam errungenen sozialen Standards in Gefahr. Einige aktuelle Beispiele. In der Airbus-Industrie ist es - trotz gleich hoher Qualifikation der Beschäftigten in mehreren EG-Ländern - bisher nicht gelungen, einheitlich gute Arbeitsbedingungen durchzusetzen. General Motors trotzte den Betriebsräten in der spanischen Region Saragossa (21 % Erwerbslosigkeit) eine dritte Schicht für die dort Beschäftigten ab mit umfangreicher Nacharbeit. Das deutsche Opel-Management nahm dies zum Anlaß, ähnliche Verhandlungen mit ihren deutschen Betriebsräten einzuleiten - nicht ohne mit der Auslagerung von Teilen der Produktion nach Spanien zu drohen.

Der europäische Gewerkschaftsbund (EGB) Dach aller gewerkschaftlichen Dachverbände - hat in diesem Jahr einen gemeinsamen Forderungskatalog vorgelegt, der jedoch bisher wenig Gehör findet. Daß es in der Tat schwierig ist, gemeinsame Forderungen unter den „EG-Gewerkschaften“ zu erzielen, ist angesichts ihrer unterschiedlichen nationalen Strukturen (Berufsgewerkschaften in Großbritannien, Richtungsgewerkschaften in den romanischen und Benelux-Ländern, Einheitsgewerkschaften in der Bundesrepublik und Dänemark) und demzufolge deutlicher Unterschiede im Grad sozialer Errungenschaften (Sonntags- und Nacharbeit bedürfen in den übrigen Ländern keiner ausdrücklichen Zustimmung der ArbeitnehmervertreterInnen) nicht verwunderlich.

Obwohl DIE GRÜNEN den geplanten Binnenmarkt ablehnen, treten wir ein für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbänden - auch über die bestehenden EG-Grenzen hinweg. Es geht um die Sicherung sozialer Grundnormen für die Beschäftigten. Das europäische Arbeitsrecht muß zu einem europäischen Sozialrecht ausgeweitet werden, damit alle Beschäftigten über gesetzliche Mindestnormen abgesichert sind.

Der Europäische Binnenmarkt darf nicht dazu führen, daß sozial- und arbeitsrechtliche Bestimmungen nach unten nivelliert werden (Sozialdumping). Wir fordern:

- Einhaltung der normalen Arbeitsverhältnisse mit Sozialversicherungszwang auch bei Teilzeitarbeit;
- geltende Sozialgesetze und Tarifverträge müssen über die Grenzen hinweg eingehalten werden;
- gesetzlicher Kündigungsschutz;
- Koalitionsfreiheit und Recht zur gewerkschaftlichen Betätigung;
- Verbot der Aussperrung;
- Erhalt bzw. Einführung der betrieblichen Mitbestimmung;
- Erhalt und Ausbau der Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus fordern wir entsprechend dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes:

- die Rechte des Einzelnen werden erweitert (Arbeitsverweigerungsrecht bei gesundheitsschädlichen Tätigkeiten, informationelles Selbstbestimmungsrecht);
- die Rechte der Frauen werden gestärkt (Quotierung);
- die Rechte der Betriebsversammlung sind auszubauen;
- die Rechte des Betriebsrats werden ausgedehnt (bei der Einführung neuer Technologien und in Bezug auf die Umweltverträglichkeit von Produktionsverfahren und Produkten, Akteneinsichtsrecht), Mitbestimmung bei Betriebsveränderungen;
- Aufhebung der gesetzlichen Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und der gesetzlich festgelegten Friedenspflicht.

AUSWIRKUNGEN DES BINNENMARKTES AUF DIE STEUERPOLITIK

Als wesentliche Voraussetzung für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ist die „Harmonisierung“ der indirekten Steuern in den Mitgliedstaaten vorgesehen. Die Steuerharmonisierung soll die Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen angleichen. In der Diskussion ist die Abschaffung der Gewerbesteuer. Dies hätte große Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden hierzulande. Die Gewerbesteuer ist eine wichtige Einnahmequelle der kommunalen Institutionen. Nur mit eigenen Steuereinnahmen können die Kommunen ihre Politik auch selbst Restalten.

Wenn also die Gewerbesteuer abgeschafft werden sollte, müßten den Städten und Gemeinden andere Einkommensquellen erschlossen werden, die ihre finanzielle Autonomie stärken.

Natürlich muß auch die EG über genügend Mittel verfügen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll. Zu diesen Aufgaben gehören etwa länderübergreifende Umweltschutzmaßnahmen; Altlastenbeseitigung, wenn die VerursacherInnen nicht mehr festzustellen sind; Beschäftigungsfördermaßnahmen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltbereich oder im Bereich des Umbaus hin zu alternativen Energieversorgungssystemen sowie im Rahmen von Hilfsprogrammen benachteiligter Regionen.

DIE GRÜNEN schlagen die Einführung EG-weiter ökologischer Steuern und Abgaben vor. Durch diese Abgaben soll die umweltschädliche Produktion so verteuert werden, daß eine Umstellung für die Unternehmen mittelfristig rentabler ist als die Fortführung der Produktion. Diese einheitliche Regelung der ökologischen Steuern und Abgaben ist notwendig, damit die Produktionsbedingungen für die Unternehmen in allen EG-Staaten annähernd gleich sind, es sich folglich nicht lohnt, eine umweltschädigende Produktion in einen anderen EG-Staat mit geringeren Auflagen zu verlagern.

BINNENMARKT KONTRA DEMOKRATISCHE RECHTE

Die „Öffnung der Grenzen“ für den Warenaustausch ist das Ziel des Binnenmarktes. Die „Öffnung der Grenzen“ für die Menschen kann dadurch nicht völlig vermieden werden. DIE GRÜNEN begrüßen den Abbau der Personenkontrollen, auch wenn sie nur die nationalen Grenzen innerhalb der EG betreffen und Nord- und Osteuropa von dieser „Öffnung“ ausgeschlossen bleiben.

Der Abbau dieser Grenzkontrollen darf aber nicht - so wie dies von den EG-Innenpolitikern vereinbart wurde - zu verschärften Kontrollen an den „EG-Außengrenzen“ und zu mehr innerstaatlicher Kontrolle führen (maschinenlesbarer EG-Paß).

Ebenso wenig ist es akzeptabel, daß durch eine Vereinheitlichung der Innenpolitik sich die jeweils anti-liberalsten Positionen durchsetzen, so wie dies das derzeitige Konzept der voraus preschenden Bundesregierung ist. Die Angleichung des Asyl- und Ausländerrechts wird als Vorwand genommen, das de facto abgeschaffte bundesdeutsche Grundrecht auf Asyl europaweit zu verhindern.

Ohne jegliche datenschutzrechtliche Garantien werden schon heute Polizeidaten über AusländerInnen, Flüchtlinge und „verdächtige Personen“ von einem Land ins andere übermittelt. Die gesamte innenpolitische Kooperation geht an den offiziellen EG-Institutionen, insbesondere am Europäischen Parlament vorbei.

Unter Einfluß von Österreich, der Schweiz, den USA und anderen Ländern treffen sich die Innenminister und hohe Polizeibeamte in geheimen und halböffentlichen Gremien, wie TREVI oder der Schengen-Gruppe. Über derartige informelle Kontakte von Polizeivertretern wird eine europäische Polizei-Exekutive vorbereitet, ohne daß diese parlamentarisch oder rechtlich kontrolliert wird.

Dieser Euro-Geheimpolitik widersetzen sich DIE GRÜNEN. Wir fordern die Offenlegung der bisherigen europäischen und internationalen Kooperation gegenüber der Öffentlichkeit und den Parlamenten. Die derzeit ohne jede gesetzliche Grundlage operierende Polizeikooperation muß aufhören.

DIE GRÜNEN sind dafür, daß die Europäische Menschenrechtskonvention zu einem Europäischen Menschenrechtskatalog weiterentwickelt wird, der vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden kann. Dieser Katalog muß u.a. das Grundrecht auf Asyl sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung enthalten. Unbeschadet dessen muß jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit behalten, seinen BürgerInnen ein höheres Niveau an Rechtsschutz zu gewähren.

„Die Gemeinschaft befindet sich in einem vorkonstitutionellen Zustand, so, als hätte Europa das Jahr 1848 noch vor sich. Wer in dieser Gemeinschaft etwas zu sagen hat, der ist nicht gewählt, und wer gewählt ist, der hat nichts zu sagen. Die Kommission ist dem Europäischen Parlament gegenüber nicht verantwortlich, sie kann nicht gestürzt werden, und der Etat der Gemeinschaft entzieht sich der direkten demokratischen Kontrolle. Das ist natürlich für die politische Klasse sehr angenehm. Endlich hat sie eine Institution, in der die Völker nichts mitzureden haben, und aus der man nicht abgewählt werden kann! Ein halbabsolutistischer Traum!“

HANS MAGNUS ENZENSBERGER
über die Europäische Gemeinschaft

EUROPÄISCHER BINNENMARKT ODER EUROPÄISCHER FÖDERALISMUS?

Die Europäische Gemeinschaft entscheidet undemokratisch: Fernab von jeder parlamentarischen Kontrolle im eigenen Land, aber auch ohne Kontrolle durch das Europäische Parlament treffen die VertreterInnen der nationalen Regierungen im Ministerrat der EG ihre Entscheidungen. In dieses demokratische Vakuum stoßen die international agierenden Wirtschaftsmächte und sorgen bei Ministerrat und Kommission für eine ihnen genehme Politik. Der Einfluß der Wirtschaftsmächte verstärkt - auch in den föderalistisch aufgebauten Staaten - den Hang zum Zentralismus. Das vom Rat erlassene Europarecht (die Verordnungen und Richtlinien) bricht nationales Recht. Mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes wird die Zahl dieser europäischen Normen weiter zunehmen.

Werden im Zuge der Schaffung des „Binnenmarktes 1992“ vermehrt Zuständigkeiten auf die EG-Zentrale verlagert, die immer wieder bekundet, daß der „freie Wettbewerb“ das höchste Ziel sei, so führt dies vor allem zur Durchsetzung der Interessen der multinationalen Konzerne: je größer der Markt und je einheitlicher die Normen, um so mehr geraten lokale, handwerkliche und bedarfsorientierte Wirtschaftsformen ins Hintertreffen. Das Prinzip, daß zu aller erst die untere Ebene zuständig ist - und das heißt zunächst einmal die kommunale und regionale Ebene -, muß zur

Grundlage der Zusammenarbeit in der EG werden, wenn ein Problem grenzüberschreitende Kooperation notwendig macht. Europäische Normen müssen sich darauf beschränken, Rahmenvorschriften zu setzen, die den einzelnen Mitgliedstaaten und ihren unterschiedlichen Entscheidungsebenen Handlungsspielräume belassen. Jeder Rechtsakt der Gemeinschaft muß den Nachweis führen, daß das betreffende Problem überhaupt einer Regelung auf europäischer bedarf.

Eine blinde Normierung und damit Zentralisierung schränkt die Möglichkeiten regional eigenständiger Entwicklung ein und führt zur Einebnung der kulturellen und sozialen Vielfalt in der EG: DIE GRÜNEN wollen die Rechte der Regionen stärken. Die Regionen sollen die Richtung bestimmen, in die ihre Entwicklung gehen soll. Diese Entscheidung soll nicht von einer Zentralbehörde gefällt werden, die die Verhältnisse gar nicht kennen kann.

Neben den Rechten der Regionen müssen die Einflußmöglichkeiten der BürgerInnen vergrößert und institutionalisiert werden. Dazu gehören Anhörungsrechte, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technologiefolgenbewertungen, an denen die Betroffenen beteiligt werden. Dazu gehören auch Akteneinsichtsrechte, z.B. im Umweltbereich, oder Veto-Rechte.

DIE GRÜNEN fordern die Demokratisierung der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft. Die Gesetzgebung der EG muß in einem Zwei-Kammer-System erfolgen: eine Kammer bildet das EG-Parlament, das nach dem Verhältniswahlrecht in allen Mitgliedstaaten gewählt werden soll; an die Stelle des bisherigen Ministerrates tritt eine zweite Kammer, sie bildet das föderale Element.

Sie besteht aus gewählten VertreterInnen der Mitgliedstaaten. In ihr haben alle Mitgliedstaaten, unabhängig von der Bevölkerungszahl, das gleiche Gewicht bei Abstimmungen. Beide Kammern wirken bei der Besetzung der Kommission und des Gerichtshofes zusammen. Eine EG-Gesetzgebung darf es jedoch nur in ausgesuchten Bereichen geben.

VIELFALT VON UNTEN - EUROPA DER REGIONEN

DIE GRÜNEN wollen eine Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen der EG, den Mitgliedstaaten und den Regionen und Kommunen. DIE GRÜNEN wollen damit die Rechte der Regionen stärken.

Seit Mitte der sechziger Jahre vertieft sich die Kluft zwischen armen und reichen Regionen. Das Wirtschaftswachstum ist einseitig den reichen Regionen zugute gekommen, während die strukturschwachen Regionen immer mehr verarmen. Zu diesen Regionen gehören vor allem die „Randgebiete“ im Süden der EG, Irland oder die Bergregionen. Zu einer traditionellen „Rückständigkeit“ bestimmter Regionen kommen seit einigen Jahren die Auswirkungen der strukturellen Krisen im Stahlbereich, in Branchen wie Kohle, Textilien und Schiffsbau. Nicht nur die Regionen, auch die Mitgliedstaaten der EG entwickeln sich äußerst ungleich: auch in der EG gibt es einen Nord-Süd-Konflikt.

Mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes werden sich die regionalen Ungleichheiten noch verschärfen. Die heute von der EG betriebene Regionalpolitik läßt die Strukturen der jeweiligen Regionen unberücksichtigt, wird isoliert betrieben und negiert den Zusammenhang mit der allgemein herrschenden Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik. Diese Regionalpolitik degradiert die „benachteiligten Regionen“ immer mehr zu touristischen Zielen. Den „benachteiligten Regionen“ ist aber eine strukturelle Entwicklung aus eigenen Kräften vielfach deshalb unmöglich, weil sie viele Kompetenzen auf höhere Verwaltungsebenen abgeben mußten.

GRÜNE Politik schafft den Rahmen für eine eigenständige Regionalpolitik: Die Gründung regionaler Entwicklungsgesellschaften, deren Aufgabe darin bestehen soll die Beschäftigungssituation in den Regionen zu verbessern. Ihre Finanzierung erfolgt durch geregelten Finanztransfer aus den „starken“ Regionen. Die Entwicklungsgesellschaften haben das Ziel, den Umbau der Wirtschaft hin zu einer ökologischen und sozial verträglichen Wirtschaft zu fördern und die Solidarität der verschiedenen Regionen untereinander zu wecken.

Die kulturelle Vielfalt Europas hat ihre Wurzeln in allen ihren Regionen. Die Politik der EG muß darauf ausgerichtet sein, diese Vielfalt zu respektieren und zu fördern. Deshalb müssen so viele Entscheidungen wie möglich auf regionaler Ebene gefällt werden. Die EG soll lediglich die Richtlinien festlegen und Mindestnormen beschließen, ihre Umsetzung muß die Sache der Regionen sein.

Der Historiker Jakob Burkhardt schreibt: „Tödlich für Europa war immer nur eines: das erdrückende Machtmonopol eines Staates, möge es von innen oder von außen kommen. Jede nivellierende Tendenz, sei sie politisch, religiös oder sozial, ist für unseren Kontinent lebensgefährlich. Was uns bedroht, ist die Zwangseinheit; was uns rettet, ist unsere Vielfalt“.

In diesem Sinne bitten wir Sie bei diesen Europa-Wahlen um ihre Stimme: Gegen die Nivellierung im Rahmen eines europäischen Binnenmarktes, gegen die Wirtschaftswachstumsideologen - für die Stärkung der Rechte der Regionen, für eine ökologische, solidarische und radikaldemokratische Politik.

KANDIDATINNEN DER GRÜNEN FÜR DIE 3. DIREKT- WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 1989

1. RUDKO KAWCZYNSKI, Hamburg, 34, Musiker, heimatloser Roma, Vorsitzender der Rom und Cinti Union e.V., Schwerpunkt: Bürgerrechtsbewegung, Verteidigung verfolgter Minderheiten
2. DOROTHEE PIERMONT, Remagen, 45, Dr. phil., Antiquarin, Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN, 1984-1987 MdEP, Schwerpunkte: Militärkumpanei BRD-Frankreich, Atom- und Weltraumkolonialismus
3. FRIEDRICH-WILHELM GRAEFE zu BARINGDORF, Spenge/NRW, 47, Dr. phil., Landwirt, Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN, 1984-1987 MdEP, Arbeitsschwerpunkte: Agrarpolitik, Bio- und Gentechnologie, bäuerliche Landwirtschaft
4. CLAUDIA ROTH, Bonn, 33, Dramaturgin und Journalistin, z.Z. Pressesprecherin der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Arbeitsschwerpunkte: Demokratie und Recht, Kulturpolitik
5. KARL PARTSCH, Ofterschwang/Bayern, 67, parteilos, Biologe und Publizist, Schwerpunkt: Umwelt, vor allem im Alpenraum
6. EVA QUISTORP, Berlin, 43, Lehrerin, 1986-1988 Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN, Schwerpunkte: Frieden, Internationales, Frauen und Ökologie, Verbraucherpolitik
7. WILFRIED TELKÄMPER, Freiburg, 35, Historiker, parteilos, 1984-1989 Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN, seit 1987 MdEP und Vorsitzender der Regenbogenfraktion, Schwerpunkte: Regional- und „Dritte-Welt“-Politik
8. HILTRUD BREYER, Mandelbachtal/ Saarland, 31, Politologin, Schwerpunkte: Struktur- und Regionalpolitik der EG, neue Technologien
9. FRIEDER O. WOLF, Berlin 45, Dr. phil., Privatdozent an der FU Berlin, Publizist, 1984-1989 Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN (Nachrücker), Schwerpunkte: Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitspolitik
10. ELISABETH DESSAI, Moers, 47, Dr. phil., Publizistin, Kinder- und Sachbuchautorin, Schwerpunkte: Frauen, Verkehrspolitik, „Dritte-Welt“-Fragen
11. DIETER DRABINIOK, Bonn, 34, Maurer, z.Z. Vorstandsreferent beim VCD, 1983-1985 MdB, Arbeitsschwerpunkt Verkehrspolitik
12. JAKOB VON UEXKÜLL, London, Journalist, Initiator der „Right Livelihood, Foundation“ und Stifter des „Alternativen Nobelpreises“
13. SOPHIE RIEGER, Nürnberg, 54, Deutsch-Französin, Dipl. Ing. Architektin, seit 1984 Stadträtin in Nürnberg, 1987 OberbürgermeisterIn-Kandidatin
14. WOLFGANG EHMKE, Taunusstein/Hessen, 42, promovierter Agrarbiologe, 1983-1985 MdB, Schwerpunkte: Energie- und Umweltpolitik
15. EVA-MARIA KRÜGER, Fürth, 34, Dipl.-Mineralogin, Kreisbeigeordnete und Dezernentin für Umwelt, Bau, Recht, Abfall und Gesundheit im Kreis Bergstraße. Schwerpunkte. Atompolitik, Umweltschutz, Friedenspolitik
16. MANUEL KIPER, Hannover, 39, Dr. rer. nat., Chemiker und Biologe, 1981-1984 Ratsherr in Hannover, 1984-1987 Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN-Niedersachsen, Schwerpunkte: Chemie-, Energie- und Umweltpolitik, Gen- und Biotechnik
17. ILONA HEPP, Berlin, 34, Redakteurin, seit 1979 Mitglied der AL Berlin, Bezirksverordnete in Kreuzberg; politische Schwerpunkte: Dritte Welt, ImmigrantInnen und Flüchtlinge
18. ROLAND VOGT, Bad Dürkheim, 48, Diplom-Politologe, Jurist, Friedensarbeiter, 1983-1985 MdB, Schwerpunkte: Friedenspolitik, Demokratisierung der EG, Dritte-Welt-Fragen
19. FREJA SCHOLING, Deutsch Evern/Niedersachsen, 76, Landwirtin, Gründungsmitglied der GRÜNEN, 6 Jahre Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Kreistag Lüneburg. Schwerpunkte: Umweltpolitik, Atomausstieg, Entwicklungshilfe
20. MANFRED COPPIK, Offenbach, 45, Rechtsanwalt, 1972-1983 SPD-MdB, 1982 Mitbegründer der „Demokratischen Sozialisten“, 1986 Mitglied der GRÜNEN
21. RENATE BERGER, Elsdorf/NRW, 45, Krankengymnastin, 1980 Mitglied der GRÜNEN, 1982/83 Sprecherin im Landesvorstand der GRÜNEN-NRW, Schwerpunkt: Energie- und Sozialpolitik

INFO-SCHECK

Ich möchte mehr über die Politik der GRÜNEN wissen. Bitte schicken Sie mir umgehend Informationen zum Stichwort

- Umweltpolitik
- Atomausstieg / Wiederaufarbeitung
- Energie
- Waldsterben
- Friedenspolitik
- Steuern / Finanzen
- Binnenmarkt / Wirtschaft
- Internationalismus / „Dritte Welt“
- Regionalpolitik
- Verkehrspolitik
- Frauenpolitik
- Demokratie / Asyl- und Flüchtlingspolitik
- Landwirtschaftspolitik
- Forschungs- und Technologiepolitik

.....
Name

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

An den Info-Kosten beteilige ich mich mit DM in Briefmarken

Ausschneiden und einsenden an:

DIE GRÜNEN, Infoversand
Postfach 1422, 5300 Bonn 1